

Entschließungsantrag

der CDU-Fraktion und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

zu:

**Bericht des Sonderausschusses BER - Tätigkeitsbericht des Sonderausschusses
BER - Drucksache 6/11479 vom 28.05.2019**

Der Landtag stellt fest:

Der Landtag Brandenburg nimmt den Tätigkeitsbericht des Sonderausschusses BER zur Kenntnis. Dabei muss er feststellen, dass es auch über sieben Jahre nach der Absage der Eröffnung im Mai 2012 immer noch ungewiss ist, wann der Flughafen in Betrieb gehen kann. Aufgrund der immer noch in erheblichen Umfang vorhandenen Mängel bestehen begründete Zweifel, dass die von der Landesregierung und FBB verfolgte Zeitplan zur Eröffnung im Herbst 2020 eingehalten werden kann.

Der von Anfang an im Planfeststellungsbeschluss festgeschriebene und verbindliche Schallschutz, der von der Flughafengesellschaft und der Landesregierung erst durch ein von den Betroffenen erwirktes Urteil des Oberverwaltungsgerichtes Berlin-Brandenburg anerkannt und welches nach Beratungen im Sonderausschuss durch Vollzugshinweise der Landesregierung konkretisiert wurde, ist von der Flughafengesellschaft bis heute nur zu einem kleinen Teil wirklich umgesetzt worden. Darüber hinaus wurde das Vertrauen der Unterzeichner des Volksbegehrens in die Redlichkeit der Politik durch das Nichtumsetzen der Ziele durch die Landesregierung trotz der Annahme des Volksbegehrens im Landtag nachhaltig erschüttert.

Die Einsetzung des Sonderausschusses im November 2014 hatte das Ziel, den Prozess der Fertigstellung des Flughafens weiter zu begleiten und zugleich für Transparenz sowie zügige Information der Öffentlichkeit zu sorgen. Leider konnte der Sonderausschuss die in ihn gesetzten Erwartungen aufgrund folgender Faktoren nicht zufriedenstellend erfüllen:

- a) Für eine bessere Information der Öffentlichkeit wäre eine ehrliche und transparente Informationspraxis durch die Landesregierung und den Aufsichtsrat notwendig gewesen. In den Sitzungen wurde aber immer wieder deutlich, dass wichtige Informationen entweder mit Verweis auf Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse gar nicht, oder erst nachdem dies durch Recherchen der Presse und nachhakende Fragen der Ausschussmitglieder nicht mehr zu umgehen war, öffentlich gegeben wurden.

- b) Eine nachvollziehbare, auf einander aufbauende Berichterstattung über den Baufortschritt seitens der FBB hat nicht stattgefunden. Die unterschiedliche Darstellungsform des Baufortschrittes und der Mängelbearbeitung hat sich negativ auf Nachvollziehbarkeit und Transparenz ausgewirkt. Berichte wurden vorab nicht an die Mitglieder des Ausschusses versandt. Die im Nachgang an die Ausschussmitglieder versandten Präsentationen der FBB wiesen in mindestens einem Fall eine nachträgliche inhaltliche Veränderung auf, die nahelegt, dass die Mängel schwerwiegender waren, als im Ausschuss dargestellt.

Die Umsetzung des von der Landesregierung angenommenen Volksbegehrens mit einem Nachtflugverbot von 22 bis 6 Uhr wurde nicht erreicht. Sicherheit über die vorgesehene Eröffnung im Herbst 2020 gibt es bis heute nicht. Die Liste der abzuarbeitenden wesentlichen Mängel ist nach wie vor lang.

Der Landtag beschließt:

Dem neuen Landtag wird die erneute Einrichtung eines Sonderausschusses unter der Voraussetzung, einer besseren Information durch Aufsichtsrat, Flughafengesellschaft und Landesregierung empfohlen.

Für einen, mit dem Hinweis auf Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse des Flughafens verbundenen Ausschluss der Öffentlichkeit soll immer eine konkrete Begründung mit Benennung der kritischen Passagen vorgelegt werden.

Die Landesregierung muss als Gesellschafter sicherstellen, dass die Abgeordneten rechtzeitig eine Zusammenstellung sitzungsvorbereitender Unterlagen mit Bezug zu den Inhalten der letzten Aufsichtsratssitzung erhalten.

Begründung:

Die Begleitung des BER durch einen parlamentarischen Ausschuss hat sich trotz der zurückhaltenden Informationspolitik bewährt. In mehreren Fachgesprächen wurden anhand einzelner, ausgewählter Fälle die Probleme der Anlieger bei der Umsetzung des baulichen Schallschutzes angesprochen. Auch die Diskussion um die Kapazitätsentwicklung, das Ausbauprogramm „Masterplan 2040“ und die Flughafenumfeldentwicklung im Sonderausschuss führte zu parlamentarischen Initiativen und Aufträgen an die Landesregierung. In den Leitsätzen zum Urteil des Zweiten Senats vom 7. November 2017 legt das Bundesverfassungsgericht fest, dass die Bundesregierung nicht berechtigt ist, die Antwort auf parlamentarische Anfragen im Einzelfall unter Verweis auf die Betroffenheit der Grundrechte der Deutschen Bahn AG zu verweigern. Als vom Staat vollständig beherrschte juristische Person dient sie nicht der Ausübung individueller Freiheit Einzelner und kann sich nicht auf Grundrechte berufen. Gleiches gilt für die Flughafengesellschaft Berlin-Brandenburg GmbH. Ein Sonderausschuss zur parlamentarischen Begleitung der FBB GmbH ist entsprechend vollumfassend zu informieren, Diskussionen sollten öffentlich geführt werden und nur in begründeten Einzelfällen nichtöffentlich. Zur besseren Vorbereitung der Sitzungen ist es außerdem erforderlich, den Ausschussmitgliedern zu jedem Tagesordnungspunkt schriftlich in angemessener Frist eine fachliche Zuarbeit zu übermitteln.

So, wie im Fall der Umsetzung der Schallschutzauflagen, sollte auch über andere Entwicklungen wie zum Beispiel dem Baufortschritt oder der finanziellen Situation so berichtet werden, dass die Informationen verglichen und somit auch bewertet werden können.